

Oesterreich

Bauernrevolte in Steiermark

In der steirischen Stadt Vornau kam es in den ersten Januar-tagen zu einer ersten Bauernrevolte. Sie begann mit der Vereitelung der Pfändung eines Bauern in einem Nachbardorfe. Die Bauern verprügelten den Gerichtsvollzieher und ihren Bürgermeister. Die Gendarmerie verhaftete vier Bauern. Das steigerte die Empörung der ungeheuerlich verelendeten Bauernmassen auf die Siedehitze. Am 2. Januar marschierten einige Tausend mit Stöcken bewaffnete Bauern aus der ganzen Oststeiermark nach Vornau und hielten vor dem Rathaus eine Versammlung ab, in der sie die Freilassung der vier verhafteten Bauern forderten. Die christlichen und nationalsozialistischen Redner wurden auszepfiffen, die Radikalen — unter ihnen auch kommunistische Redner — mit Beifall begrüßt. Starke Militärabteilungen mit Gasbomben, Gasmasken und Maschinengewehren ausgerüstet, wurden gegen die Bauern entsandt. Mit Rücksicht auf die drohende Stimmung der gesamten Bauernschaft, die im Begriff war, das Rathaus zu stürmen, wagte es die Regierung nicht, ein Blutbad anzurichten und ließ die verhafteten Bauern frei. Angesichts des ungeheuren Steuerdrucks und der fortgesetzten Pfändungen ist die Lage nach wie vor äußerst gespannt.

Auch in Völkermarkt in Kärnten kam es vor der Bezirkshauptmannschaft und der Gendarmeriekaserne zu Demonstrationen von Tausenden von Bauern gegen die gewaltsame Pfändung eines Bauern.

Aus Tirol wurden gleichfalls stürmische Bauernkundgebungen gemeldet.

Kampfbewegungen verelendeter Kleingewerbetreibender in Oesterreich

Das Elend der Kleingewerbetreibenden in Oesterreich nimmt immer mehr zu. Immer zahlreicher werden die Ausgleiche und Konkurse, immer häufiger die Selbstmorde, immer geringer die Umsätze und immer höher die Rückstände an Steuern, Genossenschaftsumlagen usw. Dies führt zu einer Verschärfung der Unzufriedenheit und löst Kampfbewegungen aus, deren erste die Bewegung der Autotaxiunternehmer war, die in Wien zur gleichen Zeit ausbrach wie in Prag, um die am 27. Januar zu einer Blockade des Wiener inneren Bezirkes durch die geschlossenen auffahrenden Taxis geführt hat. Nunmehr drohen die Milchmeier Wiens, mit ihren 5000 Milchkuhen auf der Wiener Ringstraße aufzumarschieren, wenn nicht gewisse Abgaben aufgehoben werden. Auch die kleinen Kohlenhändler und andere Kleingewerbetreibende drohen mit Demonstrationen und anderen Aktionen.

Schweden

Reaktionäre Politik der „Arbeiter-Regierung“ Massenkampagne für Amnestie

Vor der Regierungsübernahme versprach die schwedische Sozialdemokratie in der Wahlagitation die Abschaffung der Notstandsarbeiten, die Einführung der Erwerbslosenversicherung, Abrüstung, Verbesserung der Sozialgesetzgebung, Krisenhilfe an die Bauern, Abschaffung der Zölle usw. Besondere Zugkraft verlieh der sozialdemokratischen Wahlagitation die Forderung einer allgemeinen Amnestie für die politischen Gefangenen. Nach Uebernahme der Macht hat die Regierung keinen Finger gerührt, um auch nur eines ihrer Wahlversprechen einzuhalten. Anstelle der Durchführung der Arbeiterforderungen richtete sie sich vielmehr in allen Fragen nach dem Wunsch der kapitalistischen (Freisinnigen Partei), gerade jener Partei, der die sozialdemokratischen Wähler die größte Wahlniederlage bereitet hatten. Anstelle der Durchführung der Amnestie wurden vor kurzem unter der sozialdemokratischen Regierung neue Zuchthausurteile gegen Arbeiter und Arbeiterinnen gefällt, die vor dreiviertel Jahren an einer Demonstration zur Verhinderung der Arbeit von Streikbrechern in Clemensnäs teilnahmen.

Die Sabotage der Amnestie hat unter der gesamten Arbeiterschaft, einschließlich der sozialdemokratischen, große Erregung hervorgerufen. Es bildete sich aus kommunistischen, sozialdemokratischen und syndikalistischen Arbeitern ein zentraler Amnestieausschuß, dessen Petitionslisten für die Amnestie von über 60 000 Personen unterschrieben wurden. 1000 Mitglieder-versammlungen der reformistischen Gewerkschaften haben sich in einer scharfen Resolution gegen die Amnestiesabotage der

Regierung ausgesprochen. Diese Aktion wird von der sozialdem. Presse vollkommen verschwiegen. Den bisherigen Höhepunkt erreichte die Amnestiekampagne in einer großen Massenkundgebung am 11. Januar in Stockholm, an der über 10,000 Arbeiter teilnahmen. Nach der Demonstration wollten die Arbeiter am Reichstagsgebäude vorbei in die Wohnviertel der Bourgeoisie ziehen, dies wurde aber von der sozialdemokratischen Regierung verboten.

Italien

Bauernaufuhr in Salerno

Die Bauern von San Giacomo (in Salerno) zogen am 8. Januar vor das Rathaus des Nachbarorts Sassano, um dort gegen die unmäßigen Steuern und Pachtzinsen zu demonstrieren. Der Bürgermeister ließ die Tore des Rathauses verschließen und rief Karabinieri (Polizisten) herbei. Als diese mit der Waffe in der Hand gegen die unbewaffneten Bauern vorgingen, wehrten sich die Bauern durch Steinwürfe. Die Polizei ließ in die Menge feuern. Durch die Polizeischüsse wurden nach amtlichen Feststellungen drei Bauern getötet und viele Bauern verwundet. Auch sollen zwei Polizisten schwere Verletzungen davon getragen haben.

Dieser Aufuhr ist nicht der erste und nicht der einzige, in dem die verelendete italienische Bauernschaft ihrer Erbitterung gegen die faschistischen Behörden Ausdruck gibt. Das besonders Bemerkenswerte an ihm ist, daß es die erste offene Meuterei gegen den Faschismus war, wie selbst die offizielle faschistische Stefani-Agentur zugeben mußte.

Türkei

Hungerstreik der politischen Gefangenen

Am 20. Dezember verurteilte das Stambuler Gericht 17 Kommunisten zu insgesamt 81 Jahren Gefängnis. Während der Verkündung des Urteils entstand im Gerichtssaal eine stürmische Kundgebung. Als die Angeklagten nach dem Gefängnis überführt wurden, durchbrach die Menge der Zuschauer die Sperrkette, so daß es nur mit Mühe gelang, die Verurteilten ins Gefängnis zu bringen. Viele von den Verurteilten wurden dabei verletzt, in Ketten gelegt und in Einzelzellen gesteckt. Aus Rache für diese Demonstration weigerte sich der Staatsanwalt, auch den freigesprochenen Teil der Angeklagten freizusetzen.

Am 24. Dezember erklärten die Verurteilten, die gefoltert und in Einzelzellen eingeschlossen wurden, den Hungerstreik, nachdem sie bereits einen Hungerstreik während der Untersuchungshaft durchgemacht hatten. Sie verlangten die sofortige Freilassung der Freigesprochenen, die Aufhebung ihrer Einzelhaft und Abnahme der Ketten, ferner Bestrafung der Gendarmen, die die Verurteilten mißhandelt hatten und Bestrafung der Gefängnisverwaltung wegen der ganz unmenschlichen Behandlung der Verurteilten und Freigesprochenen. Der Hungerstreik wurde vier Wochen lang heldenhaft durchgeführt. Während dieses Hungerstreiks wurden die Gefangenen bei der angeordneten künstlichen Ernährung weiterhin unmenschlich gefoltert. Erst als die Regierung 15 Gefangene nach Kleinasien deportieren ließ wurde der Hungerstreik von den vollständig erschöpften Gefangenen abgebrochen.

Vereinigte Staaten

Ein offizieller Bericht über die Ohnmacht des Kapitalismus

Die von Hoover im Jahre 1929 eingesetzte Kommission zur Erforschung der «sozialen Tendenzen» in den Vereinigten Staaten unter dem Vorsitz von Mitchell, Professor der Oekonomie an der Columbia-Universität, erstattete nunmehr ihren Forschungsbericht. Der Bericht ist ein Zugeständnis des Bankrotts des Kapitalismus. Er schildert — wohl mit manchem «wenn und aber» die Widersprüche der bestehenden Ordnung, vor allem den Kontrast zwischen den großartigsten modernsten technischen Errungenschaften und der Einschränkung des Konsums. Er weist auf die große Arbeitslosigkeit infolge des technischen Fortschrittes hin. Er stellt fest, daß die Konkurrenz die Hilfsquellen des Landes verwüstet, daß besonders die Lage der Landwirtschaft sich von Jahr zu Jahr verschlimmert und die Ernteüberschüsse keinen Absatz finden. Die Kommission gibt ihrer Meinung Ausdruck, daß die Ueberwindung der gegenwärtigen Krise nur eine neue noch grausamere Krise nach sich ziehen könne. Ein Wirtschaftsplan unter dem gegenwärtigen System sei unmöglich.

Das griechische Monopolkapital und seine Venizelosche Partei hat sich aber diesmal verrechnet. Die tiefe Unzufriedenheit der breiten werktätigen Massen trieb seit Monaten einen ununterbrochenen Strom einerseits — besonders in den nordgriechischen Provinzen — zur Kommunistischen Partei und andererseits — in den zurückgebliebenen Agrargegenden Altgriechenlands — zur Volkspartei Tsaldaris', die eine großangelegte «antikapitalistische» Demagogie entfaltet hat. In einer solchen Lage erwies sich das Mehrheitssystem, ein raffiniertes reaktionäres Wahlsystem, das eine Existenzmöglichkeit im Parlament nur denjenigen Parteien erlaubt, die über 100,000 Stimmen auf sich vereinigen, als eine zweischneidige Waffe; es brachte der Venizeloschen Partei eine unerwartete Niederlage. So konnte Venizelos, wenn auch sein Regierungsblock ein paar tausend Stimweniger bekam als der Oppositionsblock, — es muß hier bemerkt werden, daß bis heute noch die offizielle Stimmenverteilung nicht bekanntgegeben wurde — 108 Parlamentssitze erreichen, während der Oppositionsblock 138 Sitze gewann. Zwar konnte diesmal die Kommunistische Partei, die in der vorigen Wahl vom 5. September 56,000 Stimmen erhielt und über 10 Parlamentssitze verfügte, keinen einzigen Abgeordneten ins Parlament entsenden. Aber das vermindert nicht den glänzenden Erfolg der Kommunistischen Partei: sie erhielt über 80,000 Stimmen (die genaue Zahl wurde vom Ministerium bis heute nicht veröffentlicht), d. h. sie hat innerhalb von fünf Monaten ihre Stimmenzahl um 40 Prozent vergrößert, und dies trotz des verschärften Terrors gegen die Arbeiterklasse. Der Wahlerfolg der Kommunisten hat umso größere Bedeutung, als dieser Sieg gerade in solchen Städten und Provinzen (Athen, Piräus, Saloniki, Volo, Kavalla usw.) errungen wurde, die das Zentrum des ökonomischen und politischen Lebens des Landes bilden.

Gerade dieser kommunistische Wahlsieg, als Äußerung der Kampf-Stimmung unter der werktätigen Bevölkerung, diente den kapitalistischen Kreisen hauptsächlich zum Anlaß, das gefährliche Spiel, die militärfaschistische Diktatur im Lande zu errichten, zu riskieren. Die Generale und Admirale aus dem Lager Venizelos, unter dem General Plastiras, dem Führer der Revolution von 1922, waren dazu bereit. Am Morgen nach den Wahlen, den 6. März, entschied sich Plastiras zu handeln. Die Regierung Venizelos wurde «abgesetzt», der Belagerungszustand verhängt, sämtliche Zeitungen verboten, Tanks und Maschinengewehre in Bereitschaft gestellt.

Aber die werktätigen Massen blieben nicht untätig. Schon im Laufe des Vormittages gingen sie auf die Straße und verlangten stürmisch das Zurücktreten des Diktators. Die Führung hatten, wie selbst die bürgerlichen Zeitungen zugeben mußten, die Kommunisten. Es kam zu wiederholten und blutigen Zusammenstößen mit der bewaffneten Armee, wobei ein Arbeiter getötet und 50 andere verletzt wurden. Nach 15 Stunden mußte Plastiras weichen, der Belagerungszustand wurde aufgehoben und die Generale Venizelos' mit *Othoneos* an der Spitze ebneten Tsaldaris und seinen Bundesgenossen den Weg zur Macht. Fünf Tage später übernahm Tsaldaris «parlamentarisch» die Regierungsmacht.

Die Bildung der neuen «parlamentarischen» Regierung brachte keine «Ruhe und Ordnung» in das durch die tiefe Krise erschütterte kapitalistische Lager. Die Knappheit der kapitalistischen Profite und der Kampf um die Macht zwingt die kapitalistischen Parteien, gegeneinander zu kämpfen. Venizelos, der nach seiner Niederlage erklärt hatte, daß er den Glauben an das parlamentarische System verloren habe und daß «der Parlamentarismus einen ständigen Anschlag gegen den Staat und die Nation darstellt», nimmt den Kampf noch einmal «parlamentarisch» auf. Tsaldaris seinerseits, der jahrelang im Parlament in Minderheit war und ständig unter dem Drucke der Generale Venizelos' stand, versucht jetzt, das Offizierskorps zu erobern. Eine Welle von Verhaftungen und Verfolgungen gegen Hunderte von Armee-, Marine- und Luftflotteoffiziere als Mitschuldige des Generals Plastiras, bezweckt die gründliche Umänderung der Parteikräfte in der Armee und in der Marine.

Die Regierung Tsaldaris steht angesichts der katastrophalen Entwicklung der Krise in allen Zweigen der Volkswirtschaft, eines Defizites von über einer Milliarde Drachmen im vergangenen und von 450 Millionen im laufenden Budget, angesichts der Forderung der Auslandsgläubiger, die Schulden zu bezahlen usw., vor unüberwindlichen, wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die tiefen Gegensätze innerhalb des kapitalistischen Lagers werden sich weiter verschärfen.

Die Kommunistische Partei, die sich trotz der schwierigen Verhältnisse zu einer revolutionären Massenpartei entwickelte, wird alles daransetzen, um den Zersetzungsprozeß des Kapitalismus zu beschleunigen.

Türkei

Die politische Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Partei

Von Faehri

Im nachfolgenden werden wir versuchen, die grundlegenden Fragen zu analysieren, mit denen die revolutionäre Arbeiterschaft sich jetzt in der Türkei befassen muß.

Das Klassenwesen des Kemalismus

Die Kemalisten stellen ihr Wirtschaftssystem sowohl den Sozialismus als auch dem Kapitalismus entgegen. Sie stellen dieses System als etwas Drittes hin, als kemalistischen Etatismus. Das muß gründlich entlarvt werden. Die Kemalistische Türkei ist im vollen Sinne ein kapitalistisches Land, allerdings ein noch rückständiges kapitalistisches Land mit bedeutenden feudalen Ueberresten.

Der Kemalismus hat die kapitalistische Entwicklung der Türkei, die das alte Sultanregime mit Hilfe des Weltimperialismus eine lange Zeit zu hemmen versucht hatte, vorwärts gebracht. Heute ist bereits der Beginn der Entwicklung des monopolistischen Finanzkapitals zu verzeichnen, doch vorläufig ist der Kapitalismus in der Türkei noch ein sehr schwacher.

Die Lage der ausgebeuteten Klassen in der Türkei gestaltet sich noch viel schlimmer, als in den vorgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Dies wird z. B. durch das völlige Fehlen einer Arbeitergesetzgebung bestätigt. Ein Arbeiter z. B., der durch einen Betriebsunfall arbeitsunfähig wird, wird einfach entlassen und erhält nicht die geringste Entschädigung. Dabei behaupten dennoch die Kemalisten, daß es in der Türkei keine kapitalistische Ausbeutung gäbe!

Der Etatismus, der von den Kemalisten gepredigt wird, ist eine Art Staatskapitalismus. Er ist aber keineswegs ein Staatskapitalismus in dem Sinne, wie diese Frage in der Sowjetunion in den ersten Revolutionsjahren sowie im Jahre 1921 gestellt wurde. Hier war die Rede von einer Regelung der Produktion (darunter auch der Produktion in den kapitalistischen Konzessionsunternehmen) seitens des proletarischen Staates. In der Türkei aber wird die Regelung der kapitalistischen Produktion seitens eines kapitalistischen Staates gepredigt. Im Grunde genommen ist die von den Kemalisten betriebene Propagierung des Etatismus nichts anderes, als eine falsche Bemäntelung ihrer Politik der Gewährung von Regierungssubventionen an die rückständigen kapitalistischen Unternehmungen der türkischen Bourgeoisie auf Kosten der Mehrheit des Volkes durch verschärfte Ausbeutung.

Das Resultat der Wirtschaftspolitik der Kemalisten ist nicht die staatliche Regelung, nicht der «Etatismus», oder die Planwirtschaft in irgendeinem Sinne, sondern der einfache Versuch der Förderung der Entwicklung des monopolistischen Kapitals mittels künstlicher Staatskrücken. Das ist eine Art Merkantilismus des 20. Jahrhunderts in den Verhältnissen der allgemeinen Krise des Kapitalismus, wo die Voraussetzungen einer merkantilistischen Politik längst verschwunden sind. Wenn wir die Planwirtschaft der Sowjetunion mit der kemalistischen Wirtschaft an Hand konkreter Beispiele vergleichen, dann wird diese Frage für jeden Arbeiter vollständig klar sein.

Der Nationalismus der Kemalisten und ihre Politik gegenüber den Imperialisten

Die Kommunisten der Türkei schrieben in einem Briefentwurf:

«In der Periode der äußersten Zuspitzung des Kampfes um die Rohstoffquellen und um die Märkte, in einer Periode, wo infolge der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise die allgemeine Krise des Kapitalismus sich äußerst zugespitzt hat und die relative Stabilisierung zu Ende ist — in einer solchen Periode ist auf kapitalistischer Grundlage die Verwirklichung der wirtschaftlichen Selbständigkeit für ein rückständiges, in wirtschaftlicher wie finanzieller Beziehung abhängiges Land, wie es die Türkei ist, unmöglich.»

Das ist im allgemeinen richtig; es liegt jedoch die Befürchtung nahe, daß — wenn die Kommunisten der Türkei solche abstrakte Wahrheiten immer wieder äußern werden — dies nur ihren antiimperialistischen Kampf schwächen und die Herstellung einer Verbindung mit den breiten Massen erschweren wird. Sie müssen vielmehr unablässig fordern, daß die Kemalisten einen wirklichen Kampf gegen den Imperialismus, für die Unabhängigkeit der Türkei führen. Welchen Wert kann eine solche Forderung seitens der Kommunisten besitzen, wenn

unsere Genossen zugleich unaufhörlich wiederholen werden, daß dies «unmöglich» sei!

Die Kemalisten selbst spielen sich vor den Massen als eine Art wahrer antiimperialistischer Kämpfer auf. Die KPT bestreitet dies und hat natürlich recht. Man darf aber dabei nicht ins andere Extrem fallen, indem man die Kemalisten einfach als Werkzeug des Weltimperialismus hinstellt. In der Türkei gibt es direkte Agenten des Weltimperialismus — die Feudalherren und die rein bürgerlichen Kompradoren — solche Elemente kommen ständig in gewissem Maße auch aus den Reihen der kemalistischen Partei hinzu. Es wäre jedoch unrichtig, die Kemalisten mit diesen Elementen in einen Sack zu werfen. Die Kemalisten, als Vertreter der nationalen bürgerlichen Türkei, betreiben gegenüber den Imperialisten eine doppelte Politik: bald kapitulieren sie vor dem Imperialismus, bald leisten sie ihm Widerstand. Das muß man begreifen. Aber warum diese doppelte Politik? Weil sie Bourgeois und Nationalisten sind. Das eine wie das andere tun sie im Klasseninteresse (noch häufiger direkt im Interesse der Profite) der türkischen nationalen Bourgeoisie. Wir dürfen uns nicht fürchten, offen zuzugeben, daß die Kemalisten Nationalisten sind. Ausgesprochenere Nationalisten als es die Kemalisten sind, gibt es gegenwärtig kaum.

Es bestehen bestimmte objektive Gegensätze zwischen den Interessen der nationalen türkischen Bourgeoisie und denjenigen der Imperialisten. Die Imperialisten betreiben eine Politik der Expansion, der Unterwerfung der Türkei unter ihre Hegemonie. In erster Linie ist es der französische Imperialismus, der bestrebt ist, die Türkei vollständig seinem Einfluß zu unterwerfen, die türkische Bourgeoisie dazu zu zwingen, sich mit der einfachen Rolle eines Kompradoren, eines Agenten des französischen Imperialismus zu begnügen.

Die türkische Nationalbourgeoisie verteidigt ihre Rolle eines selbständigen Ausbeuters der werktätigen Massen der Türkei, ohne dabei gegen die Beteiligung des ausländischen Kapitals an der Ausbeutung der werktätigen Massen etwas einzuwenden. Sie sucht sogar nach günstigen Vertragsbedingungen mit den verschiedenen imperialistischen Ländern, wobei sie ihre gegenseitigen Widersprüche sowie auch den zwischen ihnen und der Sowjetunion bestehenden Antagonismus auszunutzen versucht. Man muß diesen klassenmäßigen bürgerlichen Charakter des kemalistischen Nationalismus richtig entlarven.

Nach Maßgabe der Entwicklung des Finanzkapitals, insbesondere unter den Verhältnissen der Wirtschaftskrise, wo eher von einer Verteilung der Verluste als von einer Verteilung der Profite die Rede ist, wird der Abschluß von beiderseitig günstigen Vereinbarungen zwischen der kemalistischen Bourgeoisie und den Imperialisten besonders erschwert und es muß sich somit ihr gegenseitiger Antagonismus zuspitzen. Daraus folgt aber keinesfalls, daß sie in der Lage oder auch nur gewillt wären, gegen den Weltimperialismus einen konsequenten Kampf zu führen.

Die Kommunisten dürfen in ihrer Kritik des Kemalismus diese Frage nicht vereinfachen. Die Massen werden ihnen kein Vertrauen schenken, wenn sie die Kemalisten einfach auf einen Haufen mit den bestochenen Agenten des Imperialismus werfen und jeden Antagonismus zwischen ihnen leugnen. Sie würden sich auch von den Volksmassen isolieren, wenn sie bei den Streitigkeiten, die zwischen den Kemalisten und den türkischen Agenten des Weltimperialismus entstehen, solchermaßen gegen die Kemalisten auftreten würden, daß in den werktätigen Massen der Eindruck erweckt würde, daß die Kommunisten objektiv oder auch nur indirekt den Kampf derartiger reaktionärer Elemente gegen die Kemalisten erleichtern oder unterstützen.

Die Pflicht der Kommunisten ist es, immer und in entschiedenster Weise sich von diesen reaktionären Elementen abzugrenzen. Sie müssen ihr selbständiges Gesicht zeigen, indem sie die Kemalisten gerade deshalb einer Kritik unterziehen, weil sie dem entschiedenen Kampf gegen diese Elemente und das Eindringen des Auslandskapitals, die eine Basis für die reaktionären Aufstandsbewegungen sind, ausweichen und dadurch im Lande die Möglichkeit einer ständigen Bedrohung der Unabhängigkeit der Türkei seitens der Imperialisten schaffen.

Wenn die KPT die Kemalisten auf diese Weise entlarvt, so wird ihr Kampf gegen die Kemalisten und Reaktionäre den breiten Massen verständlich sein, sie wird dann in der Lage sein, diese Massen für den antiimperialistischen Kampf zu mobilisieren.

Die Kommunisten dürfen nie gegen die Kemalisten in der Weise auftreten, als ob nicht die Kemalisten, sondern die Kommunisten konsequente Nationalisten wären. Wenn die Kommu-

nisten z. B. in Deutschland an der Inkonsequenz und Halbheit des Kampfes der Bourgeoisie gegen den Druck von Versailles Kritik üben und sie entlarven, so treten sie in diesem Falle nicht als Nationalisten auf, sondern als konsequente proletarische Internationalisten. Lenin betonte, daß wir in der nationalen Frage nicht das positive Programm der bürgerlichen Aufbauarbeit aufstellen oder unterstützen, sondern uns hauptsächlich auf den Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung beschränken sollen. Genau so gilt unsere Kritik, die wir an den Kemalisten üben, nicht ihrer nationalen Inkonsequenz oder Halbheit (denn als Nationalisten lassen sie sich keiner Halbheit schuldig machen), sondern ihrer antiimperialistischen Inkonsequenz.

Die Kemalisten verfechten konsequent und systematisch die Klasseninteressen der türkischen Bourgeoisie. Jedoch sind die Verhältnisse für diese ihre Klassenpolitik nicht günstig und werden immer schwieriger. Der Boden der Kemalisten wird von zwei Richtungen her untergraben: einerseits durch das Eindringen des Imperialismus, andererseits — durch die Entwicklung des Klassenkampfes und der revolutionären Bewegung der Werktätigen. Das ausländische Kapital, besonders das französische, dringt immer tiefer in das Land ein (vor allem unter dem Deckmantel der gemischten Aktiengesellschaften) und entwickelt sich zu einer großen Gefahr für die Unabhängigkeit der Türkei.

Ohne die Existenz der Sowjetunion und ohne deren Unterstützung der Unabhängigkeit des türkischen Volkes wären die Kemalisten schon längst gezwungen gewesen; vor dem Weltimperialismus endgültig zu kapitulieren, und wäre die Türkei schon längst vollständig in die Krallen der großen imperialistischen Raubritter geraten. Dann würde sich vor der revolutionären Bewegung in der Türkei der Hauptfeind in Gestalt des Weltimperialismus erheben — der ein noch viel stärkerer Feind als die kemalistische Bourgeoisie ist.

Die Gewaltdiktatur des Kemalismus

Nach dem Umsturz errichteten die Kemalisten die Herrschaft der Bourgeoisie nicht in Form einer «friedlichen» bürgerlichen Demokratie, sondern in Form einer offenen, unverhüllten, gewaltsamen, bürgerlichen Diktatur. Diesen Charakter des kemalistischen Regimes müssen die Kommunisten einer scharfen Kritik unterziehen und sie müssen immer die Forderung erheben, daß den Arbeitern und Bauern die elementarsten demokratischen Rechte gewährt werden: Pressefreiheit, Wahlen, Versammlungsrecht, Vereinsrecht usw. Rücken die Kommunisten diesen Kampf gegen die Gewaltdiktatur des Kemalismus nicht in den Vordergrund, so verlieren sie eine der wichtigsten und wirksamsten Waffen in ihrer Arbeit auf dem Gebiet der revolutionären Mobilisierung der breiten werktätigen Massen, die den antidemokratischen Charakter des Kemalismus noch nicht in genügender Weise begreifen.

Die Kommunisten dürfen aber nicht ein Programm der Errichtung einer bürgerlichen Demokratie aufstellen. Sie müssen das antidemokratische Regime der Kemalisten bekämpfen, nicht vom Gesichtspunkt der bürgerlichen Demokratie aus, sondern vom Standpunkt der Arbeiter- und Bauerndemokratie. Dabei muß betont werden, daß hier nicht nur von den formalen Rechten der Werktätigen die Rede ist, sondern von der Möglichkeit der wirklichen Ausnutzung dieser Rechte seitens der breiten werktätigen Massen, d. h. seitens der Mehrheit des Volkes. Man muß diesen Massen an Hand konkreter Beispiele zeigen, was eine wahre proletarische Demokratie unter den Verhältnissen der proletarischen Diktatur in Form der Sowjetmacht bedeutet.

Die Agrarpolitik der Kemalisten und die Aufgaben der KPT in der Bauernbewegung

Die Fragen der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit müssen fortwährend mit der Agrarfrage verknüpft werden.

Auf welche Macht stützt sich der Kemalismus in seiner Klassenherrschaft? Die Kemalisten haben keine faschistischen Organisationen. Ihre Partei stützt sich auf die Polizei und auf die Armee — auf eine Armee, die in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Bauern besteht. Auf dem Lande, wo sie sich auf die Großbauern stützen, führen sie die gewaltsamen Methoden der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation durch, wobei sie die Klein- und Mittelbauernschichten rücksichtslos enteignen. Infolgedessen vollzieht sich auf dem Lande eine starke klassenmäßige Differenzierung, was nicht ohne Einfluß auf die Soldaten bleiben kann. Eben deshalb ist die Bauernfrage die schwächste Stelle des Kemalismus.

In einer Reihe von Bezirken der Türkei beobachten wir eine Massenbewegung der Bauernschaft. In zahlreichen Ortschaften erwidern die Bauern die Steuerentrichtung, so daß ihr Boden und ihr Vermögen der Zwangsversteigerung verfallen. Die Kommunisten müssen daher in ihrer Arbeit die Losungen der KPT auf dem Gebiete der Agrarfrage sowie die Forderung der Annullierung sämtlicher Schulden in den Vordergrund schieben. Die allgemeine Losung des «Steuerboykotts» wäre wohl im gegenwärtigen Augenblick verfrüht. Besser ist es, in jedem einzelnen Bezirk zu versuchen, die Forderungen in der Steuerfrage zu konkretisieren unter Berücksichtigung der Stimmung der Bauernmassen selbst, wobei jeder konkrete Fall der Steuererhebung oder Zwangsversteigerung zur Mobilisierung lokaler Bauernaktionen gegen die Steuerheber und Vertreter der Behörden auf dem Lande ausgenutzt werden muß.

Man muß es versuchen, die schon vorhandenen Aufstandsbewegungen zu berücksichtigen, wobei an den Kemalisten scharfe Kritik geübt werden muß, wenn sie diese revolutionäre Bewegung zum «Banditismus» stempeln. Denn hier handelt es sich um eine, wenn auch noch führerlose Revolutionsbewegung, um eine revolutionäre Freischärlerbewegung der Bauernschaft, die man in die richtigen Bahnen lenken und mit der Arbeiterbewegung in der Stadt verknüpfen muß. Die Bauernpolitik der Kemalisten entlarvend, müssen die Kommunisten scharf gegen die Entsendung von Truppen und Gendarmen zur Bekämpfung der revolutionären Bauernbewegung auftreten.

Die Massenarbeit der KPT in der Arbeiterbewegung

Die Hauptaufgabe in der Massenpolitik der KPT ist der richtige Kampf um die Teilforderungen. Durch die richtigen Teilforderungen wird die lebendige Verbindung mit den Massen hergestellt. Von entscheidender Bedeutung ist das rechtzeitige Reagieren auf die aktuellen Ereignisse, die die werktätigen Massen empören, sowie die engste Verknüpfung der Losungen und Forderungen der KPT mit diesen Ereignissen in jedem Betriebe und allerorts. Die Kommunisten müssen ihre eigene Streiktaktik entwickeln. Die Streikbewegung, die Erwerbslosenbewegung, sowie die Bauernbewegung sind die Hauptformen der Massenbewegung in der Türkei. Außer den Teillosungen muß jetzt auch die Frage der zentralen Aktionslosungen gestellt werden.

Es wäre nicht gut, die Losung aufzustellen, daß sämtliche Arbeiter den kemalistischen Gewerkschaften angehören müssen, denn dadurch könnte die Gefahr entstehen, daß viele unter den Einfluß des Klassenfeindes geraten würden. Wir müssen jedoch stets darum kämpfen, daß diese Gewerkschaften in wirkliche revolutionäre Gewerkschaften verwandelt werden, indem wir in ihren Reihen Oppositionsgruppen schaffen, die für die Gewerkschaftsdemokratie, um die Eroberung der Mehrheit sowie um die Beseitigung der kemalistischen Führung kämpfen. Ist aber bei uns in der oder jener lokalen Organisation bereits eine genügend starke Oppositionsgruppe organisiert und haben wir reale Aussichten auf die Eroberung der betreffenden Organisation mit der Hilfe der Arbeitermassen, so ist es dann zweckmäßig, an die Arbeiterschaft die allgemeine Aufforderung zum Eintritt in diese Gewerkschaft zu richten.

Im allgemeinen aber müssen die Kommunisten jetzt die Arbeiter zur Schaffung selbständiger revolutionärer Massen-gewerkschaften aufrufen.

Um die legalen Massengewerkschaften kämpfend, darf man jedoch nicht in die Illusion des Legalismus verfallen. Die Kemalisten fürchten die Massenorganisationen der Arbeiterschaft und die Verwandlung ihrer Gewerkschaften in freie Klassenorganisationen. Ist der Druck genügend stark, so werden sich die Kemalisten möglicherweise gezwungen sehen, auf diesem Gebiete gewisse Zugeständnisse zu machen. Die Kommunisten dürfen aber die Aufgabe der Schaffung eigener illegaler Gewerkschaften oder illegaler Gewerkschaftsgruppen in jedem bedeutenden Betriebe nicht vernachlässigen. Selbstverständlich sind die illegalen Organisationen nicht in stände, breite Massen zahlenmäßig einzubeziehen. Das wichtigste aber ist, daß sie wirklich mit der Arbeitermasse verbunden sind und eine ständige Aktivität unter den Massen entfalten.

Fragen des Parteiaufbaus

Die KPT muß ihre lokalen Organisationen sowie die lokalen Parteileitungen in den wichtigsten Hauptorten des Landes befestigen. Die vorhandenen Parteikader müssen in diese Leitungen entsandt werden. Die lokalen Parteileitungen müssen es lernen, ihre eigene Initiative zu entfalten und selbständig zu arbeiten in Fällen, wo sie die Verbindung mit dem ZK ver-

lieren. Dann wird der Feind nicht in der Lage sein, die Organisation der KPT zu zertrümmern.

Besondere Aufmerksamkeit ist auf den Kampf gegen Provokation und Spitzelsystem zu richten. Die strengste Konspiration muß gesichert werden.

Die Kommunisten dürfen sich keinen legalistischen Illusionen hingeben.

In der Türkei erlangen wie in keinem anderen Lande die prinzipiellen Fragen des Systems und des Klassencharakters der Gesellschaft eine aktuelle Bedeutung. Auch die unmittelbare Nachbarschaft der Türkei mit der Sowjetunion und das ungeheure Interesse der Volksmassen für die Fragen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion erleichtern den türkischen Kommunisten, die breiten werktätigen Massen über die Hauptfragen des kommunistischen Programms aufzuklären.

Es gilt aber zu verstehen, dabei von den unmittelbaren Tagesforderungen der türkischen Arbeiter und Bauern auszugehen und die Teilforderungen ihrer Massenaktionen mit den prinzipiellen Fragen der Macht und mit dem Sozialismus richtig zu verknüpfen. Dies ist umso wichtiger gerade jetzt, wo in der Türkei der revolutionäre Aufschwung bereits begonnen hat, der in einer Reihe von Massenaktionen der Arbeiter und von revolutionären Bauernbewegungen zum Ausdruck kommt. Die Hauptaufgabe der KP der Türkei besteht darin, gerade jetzt im Prozeß der Massenkämpfe die Werktätigen für die großen revolutionären Kämpfe vorzubereiten.

Lateinamerika

Der Konflikt zwischen Kolumbien und Peru

Von E. P. Greene (New York).

Nachdem Peru am 1. September 1932 die zu Kolumbien gehörende Stadt *Leticia* besetzt hatte, trafen beide Länder fieberhafte Kriegsvorbereitungen. Der offene Krieg brach schließlich am 15. Februar 1933 aus, als Kolumbien die Streitkräfte Perus, die vorher die zu Kolumbien gehörende Stadt *Tarapacá* am Flusse *Putumayo* besetzt hatten, angriff und vertrieb. Auch in *Puerto Arturo* kam es zu Kämpfen.

Das Verhältnis der imperialistischen Rivalitäten zwischen Großbritannien und den USA. zu diesem Krieg ist nicht so klar umrissen und ist schwerer zu analysieren als beim Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay. Wenn es auch stimmt, daß der Besitz des Hafens *Leticia* am Amazonasstrom für Peru Bedeutung besitzt, weil er ihm die Verbindung mit dem Atlantischen Ozean verschafft, und daß das Gebiet um *Leticia*, der sogenannte *Kolumbische Korridor*, reich an Rohstoffen, besonders an Kautschuk, Petroleum und Holz ist, so gibt es doch auch andere Faktoren, die als ebenso wichtig berücksichtigt werden müssen. Die wichtigsten dieser Faktoren sind die Wirtschaftsverhältnisse beider Länder.

Die Wirtschaftslage Kolumbiens ist infolge des Sturzes der Petroleum-, Banaan- und Kaffeepreise katastrophal. Das Nationaleinkommen sank im Jahre 1932 um mehr als 6,5 Millionen Pesos (1,05 Pesos gleich einem USA.-Dollar). Die Auslandsschuld stieg im gleichen Jahr um 14 Millionen Pesos, die Inlandsschuld um 25 Millionen. Die Weltkrise hat aber auch Peru schwer betroffen, da die Kupfer- und Petroleumpreise stark zurückgingen. Ueberdies ist in beiden Ländern die revolutionäre Bewegung (im besonderen die kommunistischen Parteien und die revolutionären Gewerkschaften) höher entwickelt als in Bolivien und Paraguay. Dies trifft besonders auf Peru zu, wo es im Jahre 1932 bedeutende Streiks und Aufstände der Arbeiter und Bauern gab. Aus all diesen Gründen suchen Peru und Kolumbien einen Ausweg aus der Krise im Kriege.

Der Hafen *Leticia* wurde zusammen mit einem Umkreis von 100 Quadratmeilen im Jahre 1922 vom Präsidenten von Peru, *Leguia*, durch den Vertrag *Salomon-Lozano* an Kolumbien abgetreten. *Leguia*, der Peru zehn Jahre lang als Diktator beherrschte, war einer der getreuesten Lakaien des USA.-Imperialismus. Damals versuchten die USA., Peru, Kolumbien und Chile unter ihre Herrschaft zu bringen und in ihrem Kampf gegen Großbritannien in Südamerika auszunutzen. Dies führte zu dem genannten Vertrag sowie zum Abkommen über *Tacna* und *Arica*, das den langandauernden Streit zwischen Chile und Peru beilegte.

Türkei

Die neue Welle kemalistischer Verfolgungen

Von F.

In den letzten Monaten hat der Kemalismus eine Reihe neuer Manöver durchgeführt, die ihm das Uebereinkommen mit dem Imperialismus und dem internationalen Finanzkapital erleichtern sollen. Hierzu ist nach dem Eintritt der Türkei in den Völkerbund vor allem die Verständigung mit dem französischen Imperialismus in der Frage der ottomanischen Staatsschuld, über die Anatolische Eisenbahn, schließlich die Verlängerung der Konzession für die Ottomanische Bank (die eine der Kommandohöhen des ausländischen Kapitals in der Türkei darstellt) zu rechnen.

Der Kemalismus hofft, auf diese Weise den wachsenden Schwierigkeiten, die sich aus der Verschärfung der Wirtschaftskrise ergeben, entgegen zu können. Gleichzeitig führt die die Interessen der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie vertretende kemalistische Regierung eine ganze Reihe von Maßnahmen durch, die sich gegen die werktätige Bevölkerung richten und dahin zielen, die ganze Last der Krise auf die Schultern der Arbeitenden abzuwälzen. Rücksichtslose Ausplünderung der Bauern durch Steuer- und Wucherzinsen auf dem Lande, Lohnabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, scharfes Vorgehen gegen jeden Organisationsversuch der Arbeiter in der Stadt, — dies ist die innenpolitische Tätigkeit der kemalistischen Regierung, die natürlich wachsende Unzufriedenheit und Erbitterung in den Massen hervorruft. Eine ganze Reihe von Unruhen auf dem Lande, Arbeiterkundgebungen gegen die Kemalisten in den Städten (so z. B. als Protest gegen die von der Kemal-Regierung dekretierte Verteuerung des Brotes) zeugen von diesem Anwachsen der Massenunzufriedenheit. Die Kemal-Regierung beantwortet dies mit einer neuen Verschärfung der Repressalien, die sich gegen die Werktätigen, vor allem gegen die revolutionären Arbeiter und ihre Avantgarde, die Kommunistische Partei, richten.

Unmittelbar vor dem 1. Mai fanden sowohl in Istanbul als auch in einer Reihe von Provinzstädten umfangreiche Razzien gegen revolutionäre Arbeiter statt. Viele Häuser wurden durchsucht, mehrere hundert Arbeiter verhaftet, viele wurden dabei auf der Polizei mißhandelt. Die rücksichtslose, mittelalterliche Behandlung der politischen Gefangenen in kemalistischen Kernelementen dauert ungeachtet der zahlreichen Proteste und auch der von den kommunistischen Gefangenen durchgeführten Hungerstreiks fort. Die kemalistischen Blätter überbieten einander in Hetznachrichten und Verleumdungen gegen die Kommunisten, um die Repressalien des Kemalismus zu «begründen».

Die Polizei wendet aber nicht nur diese Mittel offener Repressionen an. Die türkische Bourgeoisie versteht es auch, verschiedene Gruppen kleinbürgerlicher Renegaten gegen die Kommunistische Partei auszunützen, vor allem die trotzkistische Oppositionsgruppe Hikmet Nasims. Diese Gruppe hat nicht nur bei dem Verleumdungsfeldzug gegen die Partei ihre Hand im Spiele, sondern es ist festgestellt worden, daß Mitglieder dieser Gruppe vielfach direkt als Polizeispitzel verwendet werden. Dies führt natürlich zu einer Diskreditierung dieser sich als kommunistisch ausgebenden Gruppe unter den Arbeitern. Letzthin ist daher die Polizei dazu übergegangen, auch Mitglieder dieser Gruppe zu verhaften, um die Arbeiter irrezuführen. In Wirklichkeit werden die verhafteten «Oppositionellen» (Mitglieder der Nasim-Gruppe), wenn sie erst alles, was sie über die Kommunisten wissen, zu Protokoll gegeben haben, bald wieder freigelassen. Was den Führer dieser Gruppe, den bekannten türkischen Dichter Hikmet Nasim, anbetrifft (der in der Vergangenheit von der türkischen Polizei wiederholt verhaftet, dann wieder freigelassen wurde, eine Zeitlang sich als Kommunist bezeichnete, dann wieder in kemalistischen Versammlungen als Redner auftrat), so will offenbar die kemalistische Regierung ihn nach dem Muster behandeln, wie es die britische Regierung in Indien mit dem kleinbürgerlichen Renegaten Roy getan hat: Hikmet Nasim soll ein Prozeß gemacht werden, der ihn vor den Massen als «revolutionären Führer» hinstellt.

Gerade dadurch soll der türkischen KP die Entlarvung der Renegaten erschwert, den ehrlichen Arbeitern in der Nasim-Gruppe Illusionen erweckt werden.

Die KP der Türkei führt allen Verleumdungen und Repressalien zum Trotz ihren Kampf gegen die kemalistische Diktatur mit unverminderter Energie weiter. Sie führt eine breite Protestaktion gegen die Repressalien des Kemalismus und für die Befreiung aller politisch verfolgten Arbeiter und Revolutionäre. In dieser Kampagne rechnen die türkischen Kommunisten mit der Unterstützung und Solidarität des internationalen Proletariats.

2. Jahrgang

Lateinamerika

Fünfundzwanzig Jahre Gomez-Diktatur in Venezuela

Von Elisa Ima r

Seit 25 Jahren herrscht Juan Vicente Gomez als «schränkter» Diktator in Venezuela. Die kapitalistische Proletaratsparteien in Venezuela haben dieses Jubiläum in zahlreichen Vereinen gefeiert. Sie sang Loblieder auf die Prosperität dieses auf das «Paradies Venezuela». Diese Lobhudeleien der Presse an die Adresse des Diktators Gomez erklären durch, daß er ein folgsamer Lakai Wall Streets ist und ganz die Interessen des Yankee-Imperialismus vertritt.

Die von Gomez den Imperialisten gewährten großen Konzessionen bedeuten nicht nur das Recht für die Standard Oil Company, die Royal Dutch Shell, die Erdöllager zu erforschen, sich auch auf Kosten der venezuelischen Arbeiter zu bereichern. Sogar während der Prosperitätsperiode waren die Löhne im Erdölrevier derart mager gewesen, daß, als zu Petroleumarbeiter entlassen wurden, sie nicht einmal Geld hatten, um die Rückreise nach den Städten und von wo sie gekommen waren, zu bezahlen. Je mehr die Krise vertiefte, desto brutaler gestaltete sich die Ausbeutung in den Betrieben sowohl der ausländischen als auch der venezuelischen Kapitalisten.

Der mittelalterliche Terror, die Unterdrückung und Vernichtung der elementarsten Freiheiten, so der Rede-, Pressen-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit — das alles ist das gleiche Ergebnis dieser jetzt schon ein Vierteljahrhundert dauernden, von Juan Vincente Gomez geführten Diktatur der herrschenden Klasse in Venezuela.

Wenn auch Venezuela keine Auslandsschulden hat, so mochte es doch nicht, der Krise zu entrinnen. Um sich zu überlegen, braucht man nur einen Blick in das von der venezuelischen Handelskammer in Caracas veröffentlichte Bulletin zu werfen. Seit Ende 1929 bis zum heutigen Tag hat sich die Verfasser dieses Bulletins, die sich die größte Mühe geben, die wirtschaftliche Lage dieses Landes in den schönsten Farben zu schildern, zur Feststellung gezwungen, daß der Handel mit jedem Jahr, ja mit jedem Monat wegschrumpft, daß die Erdölproduktion eingeschränkt wurde und sich auch heute noch auf einer absteigenden Linie befindet. Das Fallen des Kaffeepreises weiter anhält, daß die Tore der venezuelischen Wirtschaft für verschiedene Importe von Maschinen und Handelshäuser unaufhörlich zurückgeht, daß der Bolivar sich entwertet. Dies bedeutet steigende Preise für Lebensmittel, wachsenden Hunger für alle Werktätigen aus Stadt und Land und zu diesem traurigen Los, das die venezuelischen Arbeiter mit ihren Leidensbrüdern aller von der Weltwirtschaftskrise betroffenen Länder teilen, gesellt sich ein unerträgliches Verbrechen.

Dieser Terror kommt hauptsächlich in Massenverhaftungen wegen geringfügiger Vergehen, in den Rekrutierungsaktionen und in der Zwangsarbeit bei Straßenbauten zum Ausdruck. In allen diesen Fällen sind die Rekrutierungsmethoden und die Strafen (diese Straßen, die Gomez so viel Lob eingebracht haben) Schrecken der venezuelischen Werktätigen. Die Strafen sind Carácas und Valencia sowie die Heerstraße Caguayara haben Millionen «Farbigen» (rotgekleidete Gemeine mit schweren Ketten und Kugeln an den Füßen) das Leben gekostet. Dem Bau der in der Gegend von Manpan über die führenden Heerstraße fielen 1500 Arbeiter zum Opfer. In der Oststraße wurden tausende Gefangene aus den verschiedenen Gefängnissen gerissen; alle drei Monate wurden auf einmal in die mörderische Gegend von Palenque geschickt. Dasselbe «Schauspiel» sieht man heute in der Gegend von Cocos und beim Bau des Hafens von Turiamo.

Infolge der schlechten Ernährung, der brutalen Ausbeutung (besonders der politischen Gefangenen), der Länge des Arbeitstages und des mörderischen Klimas, gegen das geringsten Schutzmaßnahmen getroffen werden, sterben diesen Straßenarbeiten gezwungenen Arbeiter sehr schnell. Hier einige Beispiele, auf welche Art die Arbeiter Zwangsarbeiten rekrutiert und verhaftet werden:

Wien, 29. Oktober. Die Regierung errichtete in den Baracken der ehemaligen Munitionswerke von Wöllersdorf ein Konzentrationslager, in dem sich bereits zwei Kommunisten und 18 Nazis befinden. Auch in den anderen Bundesländern sollen Konzentrationslager errichtet werden.

Wien, 29. Oktober. Nach dem Muster Deutschlands soll ein Propagandaministerium oder ein Staatssekretariat für Propaganda geschaffen werden, dessen Leitung der bekannte Tiroler Heimwehrführer Dr. Steidle übernehmen soll.

Wien, 28. Oktober. Die Polizei hat die Tätigkeit der Marzistischen Arbeiterschule, die in der nächsten Woche mit ihren diesjährigen Unterrichtskursen beginnen sollte, verboten.

Wien, 27. Oktober. Im Bahnknotenpunkt St. Veit an der Glan (Kärnten) verübten die Nationalsozialisten einen Bombenanschlag auf das christlichsoziale Sturmscharenhaus.

Wien, 27. Oktober. Die Regierung forderte von den wichtigsten Großbetrieben die Einstellung bestimmter von ihr nominierter Arbeiter und Angestellter — Agenten der Staatspolizei — mit Sondererträgen.

Wien, 29. Oktober. Seit einiger Zeit verhindert die österreichische Grenzkontrolle generell die Einreise aller Personen, die in ihrem Reisepaß ein Visum der Sowjetunion haben.

Wien, 28. Oktober. Die Polizei kündigte eine umfassende Aktion gegen die in Oesterreich kolportierten illustrierten und anderen Zeitungen aus Deutschland sowie gegen Zeitungen «kommunistischer Tendenz» an.

Wien, 28. Oktober. Im Laufe des Jahres wurden bei der Post-, Telegrafien- und Fernsprecherwaltung etwa 1100 Angestellte abgebaut. Weitere 770 werden noch entlassen.

Türkei

Unter dem Stiefel der Kemal-Diktatur
Eine Amnestie, die 200 eingekerkerte Kommunisten ausschließt

Von B. F.

Am 29. Oktober beging die kemalistische Türkei den 10. Jahrestag der Abschaffung der Monarchie und des Kalifats und der Gründung des republikanischen Regimes.

Der Vertrag von Sevres, der im Jahre 1920 von der Entente der Türkei aufgezwungen wurde, machte aus ihr ein halbkoloniales Land. Sie verlor jede Kontrolle über die Meeresstraße am Ausgange des Schwarzen Meeres. Auf den Dardanellen wurde die Herrschaft der englischen Flotte errichtet. Die Türkei wurde sogar verpflichtet, ihre Handelsflotte den Entente-Mächten zu übergeben. Den imperialistischen Großmächten folgend, erschien Griechenland auf dem kleinasiatischen Schauplatz und streckte seine Hand nach Smyrna, Adrianopel und Thrazien aus.

Die siegreiche proletarische Revolution in der Sowjetunion gab der revolutionären Freiheitsbewegung in den orientalischen Ländern einen mächtigen Anstoß. So konnte die Türkei den Vertrag von Sevres zurückweisen und 1923 die Republik verkünden. Sie erleichterte der Türkei ihren Kampf um die Freiheit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. 1921 wurde zwischen der Sowjetunion und der Türkei ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen.

Das kemalistische Regime hat sich jedoch in wenigen Jahren in eine offene Diktatur der einheimischen Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer verewandelt, die durch die kemalistische Volkspartei vertreten sind. Diese Entwicklung machte gewisse Maßnahmen der Milde gegenüber den Reaktionen, den Gegnern von gestern und den Mithelfern oder Verbündeten von morgen, erforderlich. Daraus entstand die Absicht des Kabinetts, anlässlich der zehnten Jahreswende der Abschaffung der Monarchie eine großangelegte politische Amnestie zu verkünden.

Denjenigen, die mit den gegenseitigen Beziehungen der Klassen in der Türkei wenig vertraut sind, würde es als selbstverständlich erscheinen, daß eine derartige Amnestie alle politischen Taten ohne Unterschied der Tendenz erfasse. Weit gefehlt! Die offiziöse Konstantinopler Tageszeitung «Milliyet» bezieht sich, in ihrer Nummer vom 15. Oktober keine Täuschung aufkommen zu lassen. Zwar heißt es in der Zeitung zunächst, daß die Amnestie eine allgemeine wäre und alle politisch Verurteilten ohne Ausnahme erfassen würde. Aber die Zeitung fügt hinzu, daß die maßgebenden Behörden die Verfolgungen und Verurteilungen, die sich aus den revolutionären Kämpfen des Proletariats ergeben, nicht zu den politischen Tatsachen rechnen. Die kommunistischen Gefangenen würden ebenso be-

handelt werden wie die gemeinen Verbrecher. Mit andern Worten, die revolutionären Arbeiter und Intellektuellen, die in den schmutzigen Verliehen der bürgerlichen Republik bei lebendigem Leib verfaulen, weil sie die unmittelbaren Interessen und die Freiheiten der werktätigen Massen verteidigt haben, werden automatisch von der Amnestie ausgeschlossen.

Es geht hier um die Gesundheit und um das Leben von mehr als 200 der mutigsten und ergebensten Kämpfer der Arbeiterbewegung in der Türkei.

Um dieses skandalöse Verhalten der kemalistischen Regierung zu verstehen, muß daran erinnert werden, dank welchen Umständen es der Volkspartei gelungen ist, ihre diktatorische Herrschaft über das türkische Volk zu festigen.

Der revolutionäre Schwung und die unzähligen Opfer der werktätigen Massen Kleinasiens waren es, die den Sieg im Unabhängigkeitskrieg gegen die imperialistische Invasion ermöglicht hatten. Diesen Massen, die sich spontan erhoben hatten, fehlte eine aus ihren eigenen Reihen hervorgegangene politische revolutionäre Führung. Nur dank zahlreichen Versprechungen radikaler Reformen gelang es der jungen einheimischen Bourgeoisie — die selbst für ihre Interessen als besitzende Klasse gegen die Zerstückelung der Türkei kämpfte — in Gestalt der von Mustafa Kemal organisierten Gruppierung den Arbeiter- und Bauernmassen, die sich erhoben hatten, ihre Führung und ihre Hegemonie in den bewaffneten Kämpfen aufzudrängen.

Die Aufgabe der mobilisierten nationalen Kräfte bestand nicht nur darin, die Armeen der imperialistischen Söldner aus dem Lande hinauszuerwerfen. Sie mußten zugleich die herrschenden bevorrechteten Klassen des alten Regimes, die sich um den letzten Kaiser des zusammenbrechenden Osmanischen Reiches gesammelt hatten und mit den Imperialisten der Entente gemeinsame Sache machten, in Schach halten. Darum waren die Kemalisten durch die Erregung der Volksmassen und die Notwendigkeiten der nationalen Befreiungskämpfe gezwungen, die bevorrechteten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellungen der Großgrundbesitzer und der muselmanischen Geistlichkeit anzugreifen. Sofort nach dem nationalen Siege zwangen die zum Teil noch bewaffneten werktätigen Massen die kemalistische Bourgeoisie, ihr Werk der Liquidierung der Ueberreste des Feudalismus fortzuführen, was sie ohne Begeisterung tat.

Gegen diese — allerdings äußerst schüchternen — Reformen schürten die Klerikalen und die Reaktionäre bis 1926 eine ganze Reihe von Erhebungen und Verschwörungen, die von den Kemalisten mit der größten Brutalität unterdrückt wurden. Fast alle politischen Verurteilten, deren Amnestierung nun auf die Tagesordnung gebracht wurde, wurden während dieses Zeitraumes bestraft.

Aber die Regierung der Volkspartei, die sich wohl hütete, ihre Versprechungen gegenüber den Massen zu erfüllen, wurde immer mehr zum Gegenstand einer wachsenden Feindschaft der ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung. Dies umso mehr, als sie ihre Wirtschafts-, Finanz- und Zollpolitik immer mehr den Forderungen der einheimischen Bourgeoisie anpassen mußte, die sich sehr schnell in eine industrie- und agrar-kapitalistische Bourgeoisie verwandelte.

Die kemalistische Regierung orientierte ihre Außenpolitik immer mehr auf ein Kompromiß mit der internationalen imperialistischen Finanz, der sie gestattet hatte, ihre Schlüsselstellung der Wirtschaft des Landes zu bewahren und zu festigen.

Die werktätigen Massen konnten diese Kapitulationen nur als einen Verrat ausdeuten, und ihre Unzufriedenheit nahm bald die Formen einer ausgesprochenen und unversöhnlichen Gegnerschaft an. Die Volkspartei nahm ihnen gegenüber eine Politik der Gewalt und der systematischen Repressalien auf. Der geringste Ansatz einer Aktion der Industriearbeiter und der Landarbeiter bietet einen Vorwand, gegen sie mit grausamer Strenge vorzugehen. Die Opfer, die schuldig befunden werden, eine revolutionäre Agitation unter den Arbeitern zu betreiben, werden häufig mit zahlreichen Jahren Zuchthaus bestraft. In den letzten sechs Jahren ist vor allem die kommunistische Partei von den Kemalisten aufs schärfste verfolgt worden. Die Kemalisten zerstörten alle Organisationen der Werktätigen — darunter die Gewerkschaften und die Hilfskassen — und beraubten sie ihrer elementarsten Rechte.

Die Wirtschaftskrise, die seit mehr als vier Jahren in der Türkei wütet, hat den Kampf der werktätigen Massen gegen die Diktatur von Ankara nur noch verschärft. Die einheimische Bourgeoisie versucht, sich den Wirkungen der Krise auf Kosten der Arbeiter und der Bauern zu entziehen. Die Bauern sind gezwungen, ihre Produkte um lächerliche Beträge zu verkaufen, um

ein Mindestmaß von Ausfuhr zu ermöglichen, das im Außenhandel die unumgängliche Einfuhr ausgleichen könnte. Um letztere, soviel wie möglich einzuschränken, begünstigt man die einheimische Industrie durch Schutzzölle und niedrige Löhne.

Unter einem derartigen Regime kann man sich leicht die Erbitterung der werktätigen Massen in der Türkei vorstellen. Bis jetzt konnten keine Terrormaßnahmen, keine Repressalien sie demoralisieren. Jeder Aufruf der Kommunistischen Partei findet sie zum Widerhall bereit. Um sie von ihren eingekerkerten revolutionären Führern getrennt zu halten, haben die Volkspartei und deren Regierung die Gleichstellung der sogenannten Verbrecher des Kommunismus mit den gemeinen Verbrechen erlassen. Gegen diese Niedertracht muß die öffentliche Meinung der ganzen Welt tatkräftig protestieren.

Nur durch den Druck der werktätigen Massen der Türkei sowie der Werktätigen und der Intellektuellen der anderen Länder können die Kemalisten gezwungen werden, auf diese ungeheuerliche Entrechtung zu verzichten und ihre Amnestie auf die 200 unbeugsamen Vorkämpfer der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse der Türkei auszudehnen.

Piri schreibt in der «Humanité» vom 31. Oktober zum zehnjährigen Jubiläum der türkischen Republik u. a. folgendes:

Die Sowjetunion verfolgt eine Politik des Friedens gegenüber allen Staaten, ohne Rücksicht auf die Form, in der dort die Diktatur des Kapitals ausgeübt wird. Würde die Sowjetunion auf Verträge mit Regierungen verzichten, die gegen den Kommunismus kämpfen, dann könnte sie keinen einzigen Vertrag abschließen.

Das würde so den Herren Sozialisten passen!

Der Arbeiterstaat, die Proletarier aller Länder, die Bauern und Arbeiter der Türkei haben gar keine Veranlassung, den Herren Sozialisten diese Gefälligkeit zu erweisen.

Deshalb begrüßen sie es auch aus vollem Herzen, so oft die Sowjetunion ihre internationale Stellung befestigt.

Spanien

Die Kommunistische Partei im Wahlkampf

Die Wahlkampagne in Spanien geht in einem Augenblick außerordentlicher Zuspitzung der Klassengegensätze vor sich.

Die nach den Regierungen Azana und Lerroix gebildete Koalitionsregierung Barríos, die einen offenen Schritt zum Faschismus darstellt, will die Wahlkampagne zur Stärkung der reaktionären Front ausnützen. Es ist höchst symptomatisch, daß gerade jetzt der Sohn Primo de Riveras eine offen faschistische Partei gründen konnte, ohne daß die Regierung dagegen in irgendeiner Weise vorgegangen wäre.

Das Hauptfeuer aller bürgerlichen Parteien, der faschistenfreundlichen Partei Lerroix, Mauras, Azanas und der sogenannten linksrepublikanischen Parteien, sowie der Sozialdemokraten ist gegen die Kommunistische Partei Spaniens gerichtet. Die Sozialistische Partei, die in den 30 Monaten republikanisch-sozialistischer Herrschaft mit ihren 3 Ministern und ihren 110 Abgeordneten alle Gewaltakte gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern veranlaßt und organisiert hat, nimmt seit ihrem Ausscheiden aus der Regierung neue «revolutionäre» Posen an, um die Massen wieder zu täuschen und sie an den Wagen der Reaktion und des Faschismus zu spannen. In der Wahlkampagne steigern die Sozialdemokraten diese ihre Demagogie noch aufs ungeheuerlichste.

Auch die Anarchistenführer marschieren in der Front der gesamtbürgerlichen Reaktion, indem sie die Losung der Nichtbeteiligung an den Wahlen herausgaben. Durch diese antiproletarische Losung wollen sie die Massen davon abhalten, für die Kommunistische Partei zu stimmen.

Die Regierung begegnet der KP, die die Kampagne zu den Wahlen in vollem Umfange und mit Erfolg aufgenommen hat, mit dem größten Terror. Im besonderen hat sie es auf eine Anzahl der kommunistischen Kandidaten abgesehen. So wird der Listenführer der KP in Sevilla, José Diaz, Mitglied des ZK der KP Spaniens, mit anderen elf Mitgliedern der Partei in einem Prozeß angeklagt, und es wird eine Kerkerstrafe von acht Jahren gegen ihn gefordert. Gegen die in Asturien aufgestellten

Kandidaten der Partei Jesus Hernandez und Dolores Ibaruri ist gleichfalls eine gerichtliche Verfolgung eingeleitet worden. Nicht weniger als 25 Jahre Kerker sind gegen den Kandidaten Antonio Mitje beantragt.

Die KP Spaniens hat einen umfangreichen Wahlaufbruch veröffentlicht, der sich an die Arbeiter und Bauern, die werktätigen Frauen, an alle Ausgebeuteten und Unterdrückten Spaniens, Kataloniens, des Baskenlandes, Galiciens, Marokkos und der übrigen Kolonien wendet und zur Beteiligung an den bevorstehenden Parlamentswahlen unter der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung auffordert. In dem Aufruf werden noch folgende Losungen aufgestellt: Für Brot, Arbeit, Boden und Freiheit! Für die Besitzergreifung und sofortige Aufteilung des Bodens der Großgrundbesitzer unter den Bauern und Landarbeitern! Allgemeine Erhöhung der Löhne, gegen alle Entlassungen, Siebenstundentag! Sofortige Unterstützung der Erwerbslosen mit drei Peseten täglich! Für die gleiche Arbeit gleichen Lohn! Gleiche politische und staatsbürgerliche Rechte für die werktätigen Frauen! Staatsbürgerliche und politische Rechte für die Jugendlichen, von 18 Jahren angefangen! Höchstarbeitstag von sechs Stunden für die Jugendlichen! Staatsbürgerliche und politische Rechte für die Soldaten! Wahl-, Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit! Selbstbestimmungsrecht einschließlich Loslösung und Bildung unabhängiger Staaten für das katalonische, baskische und gallegische Volk! Sofortige Zurückziehung der Truppen aus Marokko und den übrigen Kolonien, Anerkennung ihrer Unabhängigkeit!

Jugoslawien

„Gemeindewahlen“ in Kroatien und Slowenien

Im Laufe des Oktober wurden in einer Reihe von «Banowinen» Jugoslawiens Gemeindegewahlen durchgeführt. Diese «Wahlen» waren — ebenso wie die «Parlamentswahlen» — nichts weiter als eine Komödie. Die Abstimmung erfolgte öffentlich und mündlich, die Behörden führten die unmöglichsten Schiebungen durch und die «Wahlen» standen im Zeichen eines entsetzlichen Terrors. Trotzdem zeigen auch diese Scheinwahlen in gewissem Sinne den Mangel jeder Massenbasis der militärfaschistischen Diktatur.

In den meisten Gemeinden Kroatiens und Sloweniens waren nur Listen der Regierungspartei («Jugoslawische Nationale Partei») und der Scheinopposition dieser Partei zugelassen. Die sogenannte Opposition der Regierungspartei steht ebenfalls auf dem Boden des «integralen Jugoslawentums» und der «Einheit des Staates und Volkes», d. h. der großserbischen Hegemonie. Diese Opposition hatte den einzigen Zweck, die «Wahlen» «demokratisch» erscheinen zu lassen und die «Abstimmung» schmuckhafter zu machen.

In einigen Gemeinden Kroatiens und Sloweniens waren auch die Listen der verbotenen oppositionellen nationalreformistischen Parteien zugelassen, insgesamt in zehn Prozent aller Gemeinden. In Kroatien waren es Listen der Kroatischen Bauernpartei (Raditsch), in Slowenien der Slowenischen Volkspartei (Koroschetz). Andere Listen wurden überhaupt nicht zugelassen.

In den Gemeinden, in denen die nationalreformistische Opposition Listen aufstellte, erhielt sie die Mehrheit aller Stimmen. In Slowenien haben von insgesamt 280 000 Wählern 170 000 abgestimmt. Selbst nach faschistischen Pressemeldungen erhielt davon die Slowenische Volkspartei (die nur in zehn Prozent aller Gemeinden kandidierte) insgesamt 47 000 Stimmen.

Der faschistische slowenische Minister Kramer gab nach den «Wahlen» eine Erklärung an die Presse ab. Er sagte, die Gemeindegewahlen zeigten gegenüber den Parlamentsgewahlen einen «großen Fortschritt»: bei den Parlamentsgewahlen hätten nur 30 Prozent aller Wähler abgestimmt, diesmal schon 60 Prozent der Wähler. In Verbindung damit ist es gut, sich daran zu erinnern, was die Diktatur nach den Parlamentsgewahlen erklärt hatte: daß im ganzen Lande 80 bis 90 Prozent aller Wähler abgestimmt und ihr «Vertrauen» zur Regierung bewiesen hätten!

Wie die revolutionären werktätigen Massen über die Komödie der Gemeindegewahlen denken, zeigt am besten der Vorfall, der sich nach Abschluß der «Abstimmung» in einem kroatischen Dorfe ereignete. Hier fuhr ein 20 bewaffnete Bauern in einem Wagen vor das Wahllokal, schlugen die Gendarmen zur Seite, zerstörten das gesamte Wahlmaterial und verschwanden, ohne aufgehalten zu werden. In einer ganzen Reihe von Orten kam es zu anderen oder ähnlichen Zusammenstößen.